



Biertäglicher Abonnementssatz, in Breslau 5 Mark, Wochen-Absatz 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Ansertionsgebühr für den Raum einer sechsheligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 272. Mittag-Ausgabe.

Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Mittwoch, den 15. Juni 1881.

## Ein Compromiß über das Unfallversicherungsgesetz.

Unser Berliner Correspondent schreibt vom 14. d.: Im Reichstag giebt es zu guter Letzt noch Überraschungen. Vor gestern schien jede Aussicht auf das Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes völlig verschwunden zu sein; die Gegner des Projektes fürchteten höchstens, daß in letzter Stunde zwischen der Reichsregierung und den Conservativen einerseits und den Nationalliberalen andererseits ein Compromiß abgeschlossen würde, welches dem Reichskanzler ermögliche, trotz aller seiner ablehnenden Erklärungen das vom Reichstage wirtlich angenommene als eine Abschlagszahlung anzusehen und als Gesetz publiciren zu lassen, um demnächst nach günstig verlaufenen Wahlen den Rest der Forderungen beim neuen Reichstage geltend zu machen. So vorgestern; gestern munkelte man bereits von Unterhandlungen zwischen Centrum und Regierung; man wollte wissen, daß Bennigsen und Windhorst ein Anerbieten eines Compromisses scharf concurriten, und daß letzterer just wie in den Fragen des Zolltarifs für den angenehmeren Contrahenten gehalten und deshalb seinen Concurrenten ausschließen werde. Heute wurde mit Bestimmtheit behauptet, der Handel sei während der Sitzung schon abgeschlossen. Die Unterhändler Minister von Bötticher, Stumm und der clericale Freiherr von Hertling hätten folgende Bedingungen vereinbart: 1) Keine Reichsversicherungsanstalt sondern Landesversicherungsanstalt. 2) Beiträge zahlt bei Arbeitern unter 1500 Mark Einnahme der Unternehmer allein, darüber Unternehmer und Arbeitgeber gemeinschaftlich (das Verhältnis derselben untereinander war noch offen gelassen). 3) Weder das Reich noch der Staat zahlen Beiträge, aber das Reich trägt allein die Verwaltungskosten der Landesversicherungsanstalten. 4) Verlängerung der Tarenzzeit von 14 Tagen auf die vier Wochen der Vorlage. Ob die Nachricht von dem definitiven Abschluß des Compromisses zuverlässig sei, wird die morgende Sitzung zu bestätigen haben. Die Fortschrittspartei wird sich nicht veranlaßt finden, in der dritten Berathung eine andere Stellung wie in der zweiten Berathung aus „taktischen“ Gründen einzunehmen; in den sachlichen Gründen der zweiten Berathung hat sich absolut nichts geändert.

Unter gleichem Datum berichtet unser Berliner Correspondent:

Im Laufe des heutigen Tages wurde bereits zwischen den Parteien vielfach über einen Ausgleich bezüglich des Unfallversicherungsgesetzes verhandelt. Zu allgemeiner Überraschung wurde behauptet, der Reichskanzler werde das Gesetz nun ohne Staatszuschuß nach dem Antrage der Fortschrittspartei annehmen, wonach die Arbeitgeber die Versicherungszuschüsse zu beschaffen haben. Andererseits wird für einen Compromißvorschlag des Abg. Stumm agitiert, welcher also Versicherungen in den Einzelstaaten, Heranziehung der Arbeitgeber bei einem Einkommen der Arbeiter von 1500 M. ab (anstatt 2000 M.) und eine Art von staatlicher Subvention insofern will, als die Verwaltungskosten von den betreffenden Einzelregierungen aufgebracht werden sollen. — Ferner trägt man sich in nationalliberalen Kreisen mit der Absicht, für die Ablehnung der Vorlage die bekannte mildere Form zu wählen, indem man an dem Tage des voraussichtlichen Sessionsschlusses die Absezung des Entwurfs von der Tagesordnung auf vier Wochen vorschlägt. Es fehlt nicht an Stimmen, welche bezweifeln, daß überhaupt ein greifbares Resultat bezüglich des Gesetzes sich werde erzielen lassen.

Die „L. C.“ spricht sich wie folgt aus:

Von den Arbeiten der gegenwärtigen Session des Reichstages ist nur noch die dritte Berathung des Unfallversicherungsgesetzes im Rückstande. Zu den Beschlüssen der zweiten Berathung ist bis jetzt nur von Seiten der Fortschrittspartei (Ausfeld und Gen.) der Antrag wieder eingebrochen worden, den ersten Satz des § 13: „die Versicherungsprämie ist zu zwei Dritteln von dem Betriebsunternehmer, zu einem Drittel von dem Versicherten aufzubringen“, durch folgende Fassung zu ersetzen: „Die Versicherungsprämie ist von dem Betriebsunternehmer aufzubringen.“ In der zweiten Berathung ist ein gleicher Antrag der Fortschrittspartei und ein Antrag der social-

demokratischen Abgeordneten (Auer und Gen.) von den Majoritätsparteien ebenso wie von den übrigen Liberalen abgelehnt worden und ist es zweifellos, daß wenigstens die Letzteren an diesem Votum auch in der dritten Berathung festhalten. Die Conservativen und das Centrum, welche die Verantwortlichkeit für das Ergebnis der zweiten Berathung zu übernehmen haben, lehnten die Anträge ab. Allerdings erklärte schon damals der Abgeordnete Stumm, „wenn ein Compromiß auf der Basis möglich wäre, daß man die Beitragspflicht des Arbeiters entfernt und dafür lediglich die des Arbeitgebers einsetzt ohne Beihilfe des Staates, so würde ich mich persönlich dem nicht verschließen, obwohl ich nicht glaube, daß der Fall praktisch eintreten wird.“ In dieser Voraussicht scheint Herr Stumm sich getäuscht zu haben. Wenigstens wird über ein Compromiß auf der Basis verhandelt, daß der Reichskanzler, natürlich vorbehaltlich der Änderung des Gesetzes durch einen künftigen Reichstag, darauf verzichtet, dem Princip der Staatshilfe Annahme zu verschaffen, aber unter der Bedingung, daß, wie das die Anträge Ausfeld und Auer beabsichtigten, der Arbeiter von jeder Prämienzahlung befreit bleibt. Zugleich soll, um die Belastung des Unternehmers zu verringern, der § 7 in der Fassung der Regierungsvorlage wiederhergestellt, d. h. nur der Ersatz des Schadens zum Gegenstand der Versicherung gemacht werden, wenn durch eine Körperfversicherung, welche eine völlige oder theilweise Erwerbsunfähigkeit von mehr als 4 Wochen (anstatt zwei Wochen, wie in zweiter Berathung beschlossen war) zur Folge hat oder durch Tötung entsteht. Das ist, soweit wir unterrichtet sind, Gegenstand der schwedenden Verhandlungen. Gelingt es, für diese Vorschläge, welche den Fabrikstempel des Herrn Stumm tragen, die Zustimmung des Reichskanzlers und der conservativ-clericalen Majorität zu gewinnen, so ist das Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes auf der Grundlage des Versicherungsmarkts der Einzelstaaten gesichert. Dass eine solche Lösung der complicirten Frage einen Sieg der particularistischen Strömung bedeuten würde, ist noch nicht das Schlimmste. Seit der Annahme des Antrages Frankenstein im Zolltarifgesetz sind wir daran gewöhnt, daß die Reichsfahne verlassen wird, wenn es sich um sogenannte Erfolge handelt. Die verhängnisvolle Seite des Gesetzes wäre eine Belastung der deutschen Industrie, welche im Verein mit der mehr und mehr hervortretenden Schädigung derselben durch die Zolltarifreform die Concurrenz derselben auf dem Weltmarkt geradezu unmöglich machen würde.

## Deutschland. O. C. Reichstags-Berhandlungen.

### 60. Sitzung vom 14. Juni.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrates v. Bötticher, v. Schelling u. A. Auf Grund des Berichtes der Geschäftsaufsichts-Kommission wird die Ermäßigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Straßburger „Presse“ wegen Beleidigung des Reichstages verlegt. Die Handelsverträge mit Österreich, der Schweiz, Belgien und Rumänien werden in dritter Berathung angenommen; ebenso der Nachtragstext, aus welchem die Position für den Volkswirtschaftsrath gestrichen ist. Der Vertrag mit Österreich wegen Ausdehnung des früheren Vertrages bezüglich der Beglaubigung öffentlicher Urkunden auf Bosnien und die Herzegowina und der Gefechtentwurf, betreffend die Bestraftung von Zu widerhandlungen gegen die österreichischen Zollgesetze, werden in erster und zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Gerichtskosten Gesetzes und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher.

Abg. Pfaffendorf: Der starke Strom gegen die Höhe der Gerichtskosten zu widerstehen, wäre vergeblich. Daneben aber müssen die Gerichtsvollzieher auf einen möglichst guten Fuß gestellt werden, die Einführung ihrer Pensionsberechtigung wäre daher dringend zu empfehlen. Für eine Führung ihres Einkommens bin ich nicht, aber dafür, daß in größeren Städten verhändigte Gerichtsvollzieherbeamte eingerichtet werden, um möglichst ausgleichende Gerechtigkeit zu üben.

Abg. Klob: Die Kommission hat in einer Resolution eine Revision der Anwaltgebühren mit Recht empfohlen, da die Beschwerde sich gegen die Höhe der Gerichtskosten, als wie der Anwaltgebühren richtet. Indes muß bei jener Revision von anderen Gesichtspunkten ausgegangen werden

als bei der Regulierung der Gerichtskosten. Bei diesen handelt es sich lediglich um ein fiscales Interesse, die Anwaltschaft aber, deren Tätigkeit einen integrierenden Theil der Justizpflege ausmacht, muß eine tüchtige wissenschaftliche Qualification haben und seine Integrität beruht wesentlich auf der Ehrlichkeit seiner legitimen Einnahmen, so daß er nicht nach einem Ersatz auf unrechtmäßigem Wege zu suchen braucht. Deshalb hat denn auch der Abg. Windhorst bei der ersten Berathung besonders hervorgehoben, daß die Revision der Anwaltgebühren in schonender Weise erfolgen müsse. Der Herr Staatssekretär hat zwar nachgewiesen, daß in einigen Städten die Sache sehr hoch sind, ich gebe dies auch für die großen Städte zu, in kleineren ist es aber nicht so, und eine angemessene Cristenz läßt sich dort nur durch eine Verbindung des Notariats mit der Rechtsanwaltschaft ermöglichen. Jedenfalls wird den Verhältnissen Rechnung zu tragen sein, und ich bitte die Regierung, bei der Revision bei der Anwaltgebühren mit Wohlwollen vorzugehen.

Abg. Reichenberger (Crefeld): Eine Revision des Gerichtskostenwesens ist unabsehbar, streitig ist nur ihr Umfang. Eine Schmälerung der Einkünfte der Gerichtsvollzieher halte ich nicht für angemessen. In den Städten, namentlich den größeren, mögen sie gut stützen, auf dem Lande nicht, und sie haben da vielfach um ihre Cristenz zu kämpfen. Dagegen vertragen die Anwaltgebühren eine Herabsetzung sehr wohl, wenn auch dabei mit Vorsicht zu verfahren ist. Bei der Normierung der Gerichtskosten ist man davon ausgegangen, daß sie von den Parteien zu tragen sind, nicht vom Staat. Dieser Grundfaß ist unrichtig, wird auch im Unterrichtswesen und in der Administration nicht befolgt. Bei der Rechtspflege sind auch Dierjenigen interessiert, welche nicht Prozesse führen; es ist also nicht mehr als recht und billig, daß sie auch einen Theil der Kosten tragen. Von diesem Standpunkte muß man bei der Beurtheilung der Sache ausgehen.

Damit schließt die Generalsbatte. Für die Specialsbatte liegt ein Antrag der Abg. v. Cuny, v. Beaulieu-Marconnay und Witt (Schweidnitz) vor, der bezüglich der Nebenkosten mehrere neue Ermäßigungen vorschlägt, betreffs der Hauptprokosten (§ 8 des Gerichtskosten Gesetzes) aber, welche in zweiter Lesung auf den Antrag des Abg. Bayer herabgesetzt waren, die Befestigung des Beschlusses zweiter Lesung verlangt.

Staatssekretär Dr. von Schelling: Die Mehrzahl der Beschlüsse zweiter Lesung beschäftigt sich, wie die Vorlage selbst, mit einzelnen Acten und Proceduren; sie haben theils die von der Vorlage in Aussicht genommenen Ermäßigungen erweitert, theils auch solche Proceduren einer bedeutenden Ermäßigung unterworfen, die in der Vorlage nicht berücksichtigt waren. Wenn ich das Einverständniß der verbündeten Regierungen mit diesem Theil Ihrer Beschlüsse erklären kann, so kann ich das nur mit zwei Befreiungen. Beziiglich der Vergleichsgebühr sind die Regierungen der Ansicht, daß der Vergleich und was dem gleich steht, an der Schwelle des Verfahrens in jeder Weise zu begünstigen ist; es kann jedoch diesem Zweck nicht förderlich sein, wenn die Parteien darauf rechnen können, einer Gebührenermäßigung auch dann theilhaftig zu werden, wenn sie sich erst nach stattgehabter Beweisaufnahme vergleichen. Ferner halten die Regierungen die Anrechnung der Gebühren des Mahndurchfahrens auf den demnächst entstehenden Hauptprozeß für politisch nicht richtig, da hierdurch leicht Anlaß zu leichtfertigen Widersprüchen gegeben würde. Sollten jedoch bei diesen Punkten die Beschlüsse zweiter Lesung aufrecht erhalten werden, so kann ich Namens der Regierungen erklären, daß sie, um das Zustandekommen des Gesetzes zu fördern, an ihren abweichenden Ansichten nicht ferner festhalten werden. Ganz anders ist dagegen die Stellung der Regierungen zu dem Theil der Beschlüsse, der auf Antrag des Abgeordneten Bayer zu § 8 des Gerichtskosten Gesetzes gefaßt ist. Dieser Beschluß tritt aus dem Rahmen der Vorlage heraus, er legt das Messer an den Stamm des Gerichtskosten Gesetzes. So weit dabei das Streben maßgebend ist, die untersten Werthklassen möglichst zu entlasten, ist diese Ansicht den Regierungen keine unsympathische. Es kann aber für ausgemacht gelten, daß diese Ansicht nur erreicht werden kann durch eine Herabsetzung der Tariffälle.

Thatsächlich sind die Beschwerden über die Gerichtskosten nicht durch die Höhe der einfachen Pauschalen, sondern durch die Häufung von Gebühren und Nebenkosten veranlaßt, die für einzelne Theile und Acte des Verfahrens erhoben werden. An welchem Punkte schließlich die Reform anzusezen ist, kann nur die Erfahrung lehren. Die Regierungen sind stets davon ausgegangen, daß die Revision des Gerichtskosten Gesetzes sich auf Erfahrung stützen und eine systematische sein müsse und sie haben sich hierin bisher des Beifalls des Hauses erfreut, welches in den beiden Resolutionen von 1878 und 1880 jedesmal nur die Anstellung von Ermittlungen befußt demnächstiger Reform veranlaßte. Die Regierungen würden die bisherige Methode Preis zu geben, wenn sie jetzt einem Beschuß zu stimmen, dessen finanzielles Ergebnis gänzlich unabschätzbar ist, ja möglicherweise so weitgreifend sein würde, daß damit jede Aussicht auf eine rationelle Revision des Gerichtskosten Gesetzes ausgeschlossen wäre. Ich habe daher Namens der Regierungen die Erklärung abzugeben, daß sie Artikel I Nr. 1 der Beschlüsse zweiter Lesung für unannehmbar erachten und daß sie daher, wenn dieser Beschluß demnächst aufrecht erhalten wird, zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sein würden, der Vorlage überhaupt zuzustimmen. Ich

## Wanderungen durch den Pariser Salon.

### IV.

Paris de Chavannes und Manet sind zwei der originellsten Persönlichkeiten in der Pariser Kunstwelt. Der eine möchte die Malerei zu den Zeiten eines primitiven Glaubens zurückführen, der andere will ihr ganz neue Wege eröffnen; der eine ist ultra-reactionär, der andere ultrarevolutionär. Aber sie haben beide miteinander eine felsenfeste Unabhängigkeit an ihre Prinzipien gemein und um keinen Preis möchten sie sich zu einer Concession an den Geschmack des Publikums oder auch nur an die respectvollen Einwendungen der Kritik hergeben. In diesem Jahre treiben sie beide, als ob sie sich das Wort gegeben hätten, ihr System bis aufs Äußerste und Paris de Chavannes stellte einen „armen Fischer“ aus, in welchem die Naivität der Zeichnung und die Schlichtheit des Colorits bis zum Kindischen getrieben wird, während Manet neben einem haarsträubenden „Portrait von Rochefort“ das Bildnis eines „Löwenjägers“ (des Herrn de Pertuiset) zeigt, bei dessen Anblick einem die Augen weh thun. Manet will den Grundsatz zur Geltung bringen, daß in der freien Natur alle Schatten eine ihnen eigenständliche Farbe besitzen, und in diesem Bilde hat er sämmtliche Schatten in einem Violett angelegt, welches mit dem Grün der Landschaft und dem grünen Kleide des Jägers auf das heftigste kontrastiert. Zum Unglück macht obendrein der erlegte Löwe den Eindruck, als ob er schlecht ausgestopft wäre. Bei allem dem hat man vor dem zähen Wollen Manet's (in dessen Ideen sich übrigens vieles Wahre befindet) einen solchen Respect, daß die Jury darauf bestanden ist, Manet eine Auszeichnung zu verleihen, und es ist ihm bei der seit unserem letzten Briefe erfolgten Preisvertheilung eine zweite Medaille zuerkannt worden.

Im Allgemeinen gab es bei dieser Preisvertheilung eben so viel Lärm und Zähneknirschen, als bei der Gründung des Salons und die ausschließlich aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Jury ist womöglich noch lauter der Parteilichkeit beschuldigt worden als früher die offizielle Jury. Ohne auf diesen Lärm zu viel Gewicht zu legen, müssen wir sagen, daß die Herren Juroren es verstanden haben, es so ziemlich Niemandem recht

zu machen. Nun, daß die große Ehrenmedaille des Salons dem Bilde von Boudry, „die Apotheose der Justiz“, von dem an dieser Stelle schon die Rede war, erheilt worden ist, hat allgemeine Billigung gefunden. Die Künstler fühlen sich dadurch verlest, daß gar keine erste Medaille ausgegeben worden. Auch der junge Verstrand hat sich für sein Bild „Pro Patria“ mit einer zweiten Medaille begnügen müssen. Auch von diesem Gemälde haben wir schon gesprochen. Besondere Missfallen erregt es aber, daß man den Belgier Verhos für seine „Episode aus der silbernen Hochzeit von Brüssel“ nur einer zweiten statt einer ersten Medaille wertth befunden hat. Dieses Gemälde, obgleich auf Bestellung gemalt, gehört zu den prächtigsten Werken der Ausstellung. Seine Hauptgruppe bildet eine Kinder- schaare, die Zöglinge einer Mädchenschule in Brüssel, die vor dem Königsparade vorüberdefilieren. Man kann sich kein köstlicheres Kinderbataillon denken. Und warum hat der junge Hawkins für seine „Kirchhofsdylle“ nur eine dritte Medaille erhalten? In seinem Genre ist dies Bild geradezu ein Unicum im Salon. Eine ganz einfache Kirchhofsscene, zwei Waisenkinder am Grabe ihrer Eltern, von denen sie offenbar für lange Abschied nehmen. Es spricht aus diesem Bilde eine Innigkeit ohne jede Sentimentalität, und die ganze Composition ist in einer so harmonischen Tonung gehalten, daß man sich nicht von ihr losmachen kann.

Hawkins ist, wie wir glauben, ein Engländer, wie Verhas ein Belgier. Auch andere Ausländer sind mit Erfolg mit ihren französischen Kunstgenossen in die Schranken getreten. Der unermüdliche Basihi bringt eine seiner glänzenden „orientalischen Scenen.“ Der Russ Pakitonow erregt großes Aufsehen mit zwei Bildern von so winzigen Dimensionen, daß man sie durch die Lupe ansehen muß, deren außerordentliche Detailvollendung aber um so mehr Bewunderung hervorruft. Besonders gelungen ist eine „russische Winterlandschaft“, eine Begegnung zweier Schlitten im Schnee. Die Schweden Wahlberg und Smith Hald haben schöne Ansichten aus der Umgegend von Stockholm; der Berliner Richter zeigt ein brillantes Damenporträt und das Bildnis zweier dunkelhaariger Knaben, ein wahres Cabinetstück.

Friedrich v. Schenck aus Weimar bringt eine Genre-Land-

schaft unter dem Titel „Erinnerungen“ von melancholischem Charakter. Man sieht in eine weite Parkallee hinein, die links von einer Steinbalustrade abgegrenzt wird. Der Herbstwind schüttelt die Bäume des Parks und hat seine gelben Blätter auf den Grasweg und in das Becken der blumenbewachsenen Fontaine im Vordergrunde gestreut. Am Himmel eilig dahinziehende Wolken. Auf einer der almodischen Steinbänke sitzt ein junges Mädchen im Sitzen verloren. Offenbar ruft ihr diese Allee glücklichere Stunden ins Gedächtnis. Das Bild ist recht stimmungsvoll. Der Baier Schenck hat diesmal seine geliebten Hämme um einer Gänseherde willen vernachlässigt. Will er sich über das liebe Publikum lustig machen? Seine Gänse schaaren sich schnatternd um eine Leimwand, welche der Maler auf freiem Felde auf einer improvisirten Staffelei im Stiche gelassen hat. Leider ist das Bild in seiner Ausführung etwas trocken. Wir wissen nicht, was für ein Landsmann der Maler Kühl ist, der mit einem allerliebsten architektonischen Bilde, das „Innen einer Kirche“ darstellend, eine wirklich poetische Stimmung hervorzurufen verstand.

Zu den französischen Künstlern, die sich diesmal nicht auf der Höhe ihres Rufes erhalten haben, gehört Gervex, einer der talentvollsten Mitglieder der jüngeren Malerschule. Er hat eine „Civiltraumung“, die zwar sehr geistreich aufgefaßt ist, und die im ersten Augenblick durch das hübsch behandelte Damencostüm besticht, vor der man aber unglücklicher Weise schnell die Bemerkung macht, daß in dem Costüm keine Damen stecken. Gervex thut es sicherlich nicht dem alten David nach, der seine Personen nackt zu zeichnen pflegte, ehe er ihnen Kleider umhängte. Mehrere französische Bildhauer, wie Paul Dubois und Falguière sind bekanntlich in den letzten Jahren unter die Maler gegangen, und sie stellen auch in diesem Jahre ganz hübsche Sachen aus, namentlich Paul Dubois ein meisterhaftes Portrait. Umgekehrt hat der berühmte Maler Gérôme den Meisel in die Hand genommen, und er zeigt gegezwärtig im Salon eine höchst interessante Gruppe „Anakteon, Bacchus und Amor.“ Dem Maler Gérôme und vielen seiner Kunstgenossen könnte man raten, es Gérôme nachzuhören und ein paar Jahre Bildhauerei zu treiben. Sie würden dann den menschlichen Körper besser kennen lernen, als sie ihn gegezwärtig kennen.

kann daher nach allen Seiten hin nur dringend bitten, daß die Herren, welche sich für das Zustandekommen des Gesetzes interessieren, den Antrag Cuny und Genossen gemäß Artikel I Nr. 1 streichen.

Abg. Payer: Nachdem der Reichstag in zweiter Lesung mit erheblicher Majorität meine Anträge angenommen hat, halte ich es nicht mehr für nötig, die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit derselben noch einmal zu begründen. Es ist nur noch eine Frage der Tafel, ob das Haus angesichts der soeben gehörten Erklärung bei seinen Beschlüssen beharren will. Ich verkenne nicht, daß man sich in einer gewissen Zwangslage befindet und eine erhebliche Verantwortlichkeit übernimmt, mag man nur für oder gegen die früheren Beschlüsse stimmen. Als Grund für die ablehnende Haltung möchte der Vertreter der Regierungen zunächst geltend, daß es nicht angezeigt sei, einer systematischen Reform des Gerichtskostengesetzes, welche in nächster Zeit beabsichtigt werde, vorzugreifen. Diese Motivierung halte ich nicht für zutreffend, nachdem die Vorlage bereits eine Lücke in das bestehende Gesetz gerissen hat; ich nehme deshalb an, daß dieser Grund auch nicht der eigentlich maßgebende gewesen, sondern daß vorwiegend finanzielle Rücksichten die Regierungen veranlaßt haben, meine Anträge für unannehmbar zu erklären. Wären wir wirklich die Demagogen, für die man uns auszugeben liebt, so würden wir schwer der Versuchung widerstehen können, diese Gelegenheit zu benutzen, um unsere Wähler darauf hinzuweisen, wie wenig Rücksicht die Reichsregierung auf die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes nimmt und wie sogar das Interesse der Rechtsprechung hinter finanzielle Gesichtspunkte zurücktreten muß. Ich verzichte auf diese Ausführungen, weil es mir vor Allem auf die Sache ankommt. Ich kann mich nicht überzeugen, daß die heutige Erklärung der Regierungen wirklich eine definitive und bleibende ist; dieselben werden sich der Pflicht nicht entziehen können, wenn der Reichstag auch in dritter Lesung bei seinen früheren Beschlüssen beharrt, noch einmal mit sich zu Rathe zu gehen, ob sie ein Gesetz scheitern lassen sollen, welches gerade den ärmeren Klassen eine wesentliche Erleichterung gewährt, und ob sie sich demgemäß mit der ganzen Tendenz, welche die moderne wirtschaftliche Gesetzgebung angeblich verfolgt, in Widerspruch setzen sollen, nachdem sie selbst die Reformbedürftigkeit des Gerichtskosten gesetzes anerkannt haben.

Und selbst wenn die Vorlage an dem Widerspruch des Bundesrates wirklich scheitern sollte, so würde ich dies für besser halten, als wenn wir auf unsere berechtigte Forderung einer weiteren Ermäßigung der Gerichtskosten verzichten. Das bringende Bedürfnis einer Abhilfe der bestehenden Uebelstände würde eine so starke Pression auf die Regierungen ausüben, daß wir nach einem halben Jahre das erreichen würden, was man uns heute versagt. Kommt dagegen jetzt das Gesetz in einer ungenügenden Form zu Stande, so ist es sehr zweifelhaft, ob wir nicht die weitere Reform auf Jahre hinaus vertagen. Und wenn dann auf Grund der inzwischen angefallenen statistischen Erhebungen wirklich eine Reformvorlage gemacht wird, wer gibt uns dann eine Garantie, daß dieselbe im Sinne einer Erleichterung erfolgt? Angesichts der jetzt so fehlenden Vordergrund gestellten finanziellen Gesichtspunkte wäre es sehr leicht möglich, daß diese Erwartung nicht erfüllt wird. Unter solchen Umständen scheint mir die gebotene Abzahlungszahlung doch zu klein, um gegenüber der Ungeheuerlichkeit weiterer Zahlungen auf das Geschäft einzugehen. Der Abg. Windthorst erklärte bei der zweiten Lesung, daß, wenn die Regierung bis zur dritten Beratung nicht eine wirkliche Erleichterung in Vorschlag bringe, er auf die Gefahr hin, noch ein Jahr zu warten, an meinen Anträgen unbedingt festhalten werde. Indem ich ihm für diese Unterstützung danke, hoffe ich, daß er seine damalige Zulage heute einlösen wird. Ich bitte Sie, halten Sie an den Beschlüssen der zweiten Lesung fest; frisch gewagt ist halb gewonnen!

Abg. v. Cuny: Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. Schröder (Friedberg): Wir sind mit den Beschlüssen der Commission, obwohl sie im Einzelnen weiter gehen als die Vorlage selbst, im Ganzen einverstanden, trotz der und jener Bedenken. Wir werden im Interesse des Zustandekommens dieses Gesetzes unsere Zustimmung ertheilen, wenn nur dieser Artikel I Nr. 1 gestrichen wird. Ich accipere für meine Person vollkommen die Behauptung des Staatssekretärs von Schelling, daß ein Vorweggreifen eine zuständige durchgreifende Revision gefährde. Gleichwohl hat der Herr Staatssekretär angekündigt, daß die Vorschläge für die unteren Klassen der Streitgegenstände der Regierung sympathisch seien. Es drückt das jedenfalls das aus, daß auch die verbündeten Regierungen nicht abgeneigt sind, in Zukunft dafür einzutreten. Zugegeben ist von allen Seiten, daß der gegebene Zustand unhalbar sei. Wir dürfen für die Gerichtskosten nur ein Pauschquantum festhalten und damit alle und jede Nebenkosten beseitigen. Die bloße Minderung der Nebenkosten, wie sie Herr von Cuny will, können eine Besserung des jetzigen Zustandes nicht zur Folge haben, weil die Fälle, die er von Position 6 an ins Auge fügt, nur selten prozessualisch vorkommen. Mit Rücksicht auf die Erklärungen der Regierung verbleibt mir nicht die Gefahren, wenn das Haus bei den Beschlüssen zweiter Lesung beharrt, aber gerade weil diese die Regierung als ihr sympathisch erklärt hat, kann ich nicht einsehen, daß das Haus jetzt so ohne Weiteres von denselben abgehen soll, denn neben den Rücksichten auf das System sind es doch nur fiscale Gründe, und diese letzteren kann ich nicht für ausreichend ansehen, daß dem Fiscus, für den Sie sich in den letzten Monaten ja sonst nicht gerade erwärmt haben, dieses Mehr zuerkannt werde.

Ich möchte auch deshalb bei den Beschlüssen zweiter Lesung beharren, da wir vom Bundesrathaltisch gehört haben, daß wir für die Feststellung einer Prozeßstatistik und um die Unterlagen für eine Revision zu gewinnen, einige Jahre brauchen, also mindestens bis zum Jahre 1884 warten müßten. Das sind drei lange Jahre, und wir wären dann kein Jahr weiter gekommen, als es ursprünglich der Fall war bei Beschlusssitzung über die Gerichtskosten, wo nach vier Jahren ausdrücklich die Revision des ganzen Gesetzes im Sinne der Minderung beschlossene Sache war. Wenn daher das Haus nach einigen Jahren mit diesem Gegenstand befaßt werden wird, ich sehe ich nicht ein, warum das Haus nicht jetzt wenigstens diese Position übernehmen soll. Der Abg. Payer meinte, wenn die Vorlage fällt, so werde die Pression eine noch viel stärker werden und man wird dann besser fortkommen, als mit dieser halben Vorlage. Nach der Erklärung von der Regierung dürfen wir im nächsten Jahre eine darauf begnügliche Vorlage nicht erwarten, und ohne die Initiative der Regierung können wir die Zukunft eine durchgreifende Besserung nicht erwarten. Halten wir deshalb an dieser Vorlage fest und möge die hernach zu beschließende Resolution der Regierung eine Directive geben. Die Hauptdirective sehe ich aber in der Begriffung dieses Hauses zu diesem Artikel und empfehle Ihnen deshalb die Annahme desselben.

Abg. v. Staudt: Durch Annahme der Regierungsvorlage erreichen wir eine Beseitigung derjenigen Kosten, welche vorzugsweise belastigend wirken; ich bin sogar überzeugt, daß ohne diese Nebenkosten die Klagen des Publikums niemals so dringend geworden wären, um schon jetzt eine Revision des Gesetzes herbeizuführen. Wenn der Abgeordnete Payer darauf hinweist, daß die von ihm geforderte weitere Erleichterung der Kosten vorzugsweise den ärmeren Klassen zu gute komme, so darf man doch andererseits auch nicht übersehen, daß die Höhe der Kosten geeignet ist, die ärmere Bevölkerung vor der Verfassung zu bewahren, unnütze Prozesse zu führen. Der Abg. Alois fordert eine weitere Ermäßigung der Gerichtskosten, befreit aber gleichzeitig eine Heraabsetzung der Rechtsanwaltsgebühren; er begeht dadurch eine Inconsequenz, zu der ich ihm nicht folgen kann. Eine grundlegende Reform des Gerichtskostengesetzes ist zur Zeit noch nicht möglich, da es an Erfahrung fehlt; die Haltung der Regierung, die sich bemüht hat, den Wünschen des Reichstages so weit, als es augenblicklich möglich ist, entgegenzukommen, verdient deshalb unumwundene Anerkennung. Auf den Antrag des Abg. Payer einzugehen, halte ich für unmöglich, weil wir gar nicht im Stande sind zu übersehen, welchen finanziellen Erfolg derselbe haben wird. Nachdem der Reichstag beim Erlass des Gerichtskostengesetzes beschlossen hatte, erst nach vier Jahren in eine Revision derselben einzutreten, würde es eine Inconsequenz sein, schon jetzt Anträge anzunehmen, welche den Kern des Gesetzes antreffen. Die von dem Abg. v. Cuny vorgeschlagenen Änderungen, welche über die Commissionsschlüsse hinausgehen, sind wir bereit anzunehmen, da wir nach der Erklärung des Staatssekretärs voraussehen, daß die Regierungen gegen diese weitergehenden Ermäßigungen keinen Widerspruch erheben werden.

Abg. Windthorst: Der Regierungsvorsteher hat erklärt: 1) „wir sind bereit, die Beschlüsse des Reichstages zu accipieren mit Ausnahme derjenigen Positionen, welche der Antrag Payer enthält. Sollte derselbe angenommen werden, so ist das ganze Gesetz für uns unannehmbar; 2) wir sind bereit den Antrag v. Cuny und Genossen anzunehmen — der Herr Staatssekretär hat dies wenigstens stillschweigend zugegeben; 3) die Tendenz des Payer'schen Antrages ist uns nicht absolut unannehmbar in der Zukunft; wir können der Sache nur heute noch nicht folge geben. Wir wollen weitere Ermittlungen anstellen, um ein klares Bild darüber zu gewinnen, welche finanzielle Bedeutung diese Vorschläge haben werden. Wir stehen nun vor der Frage: sollen wir das Erreichte accipieren, oder weil wir das Erreichte nicht für genügend halten, bei unserem früheren Beschuß verharren? Wenn es sich hier um Grundsätze handelt, so würde natürlich keine Frage sein, bei denjenigen stehen zu bleiben. Hier handelt es sich aber um eine Geldfrage, welche man nach Zweckmäßigkeit gründlich verschieden beurtheilen kann. Es ist das beste, wir nehmen, was wir bekommen und verlangen noch mehr für die Zukunft. Ich nehme den Sperling in der Hand und sage der Dame auf dem Dache nach, wo ich sie sehe. (Heiterkeit.) Wir sind alle darüber einig, daß wir mit dem Erreichten nicht zufrieden sein können. Gegen eine Revision der Anwaltsgebühren habe ich nichts einzuwenden; ich habe aber schon früher erklärt, daß ich mich in dieser Hinsicht nicht binden will und die Resultate der Statistik abwarten muss. Es ist unzweifelhaft, daß die Anwaltszwar in einem Theile Deutschlands gewonnen, in vielen aber erheblich verloren haben. Nichts ist für den Staat bedenklicher, als ein Advocateproletariat. Um unseres Wunsches nach weiterer Ermäßigung der Gerichtskosten Ausdruck zu geben, möchte ich Ihnen folgende Resolution vorschlagen: „Der Reichstag wolle die Erwartung aussprechen, daß die verbündeten Regierungen in nächster Session des Reichstags Vorschläge machen werden, welche eine durchgreifende Ermäßigung der Gerichtskosten gebühren herbeiführen, als durch die gegenwärtige Vorlage gewährt wird.“

Staatssekretär v. Schelling: Der Herr Vorredner hat meine Erklärung richtig wiedergegeben, nur in einem Punkte kann ich seiner Auslegung nicht beitreten. Die positiven Vorschläge des Abg. v. Cuny lagen noch nicht vor, als die Regierungen ihren Beschuß faßten. Es war also nicht möglich, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Ich kann daher von Seiten der Regierung ein Einverständnis mit denselben weder ausdrücklich noch stillschweigend erklären. Für meine Person kann ich erklären, daß die Anträge sich im Allgemeinen in denselben Richtungen bewegen, wie die Vorlage. Wenn der Herr Abg. Schröder bemerkt hat, die Regierungen befürchten eine durchgreifende Reform der Gerichtskosten erst im Jahre 1884 vorzunehmen, so muß ich betonen, daß ein solcher Ausspruch von Seiten der Regierungen niemals gethan worden ist. Die Regierungen haben niemals gesagt, sich auch zu der Absicht zu bekennen, daß mit der Reform des Gerichtskostengesetzes vorgegangen werden soll, sobald finanzielle Ergebnisse vorliegen.

Darauf wird die Nr. 1, welche den Antrag Payer enthält, abgelehnt. Für dieelbe stimmen nur die Fortschrittspartei, die Secessionisten und einige Mitglieder des Centrums. Im Übrigen werden die Beschlüsse zweiter Lesung, soweit dieselben die Beweisgebühr, die Vergleichsgebühr, die Gebühr für das Maßnahmeverfahren u. s. m. betreffen, mit unwesentlichen Änderungen genehmigt. Außerdem wird ein Antrag der Abg. v. Cuny und Genossen angenommen, wonach in einzelnen Fällen des Concursverfahrens die Gebühren ermäßigt und nach dem Betrage der Forderung des die Concursöffnung beantragten Gläubigers berechnet werden sollen. Im Art. 4 wird der Termin des Inkrafttretens des Gesetzes, anstatt auf den 1. Juli 1881, auf Antrag des Abg. v. Beaujieu auf den 15. Juli 1881 festgesetzt. Hierauf genehmigt das Haus die Vorlage im Ganzen nach den Beschlüssen dritter Lesung. Die vorerwähnte Resolution des Abg. Windthorst sowie die nachstehende Resolution der Commission: „die Reichsregierung zu ersuchen, mit der weitergehenden Revision des Gerichtskostengesetzes eine solche der Gebührenordnung für Rechtsanwälte zu verbinden und desfallsige Vorlagen womöglich schon in der nächsten Session an den Reichstag gelangen zu lassen“ werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident setzt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung außer einigen kleineren Vorlagen das Unfallversicherungsgesetz.

Abg. v. Kleist-Rehov: Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. Schröder (Friedberg): Wir sind mit den Beschlüssen der Commission, obwohl sie im Einzelnen weiter gehen als die Vorlage selbst, im Ganzen einverstanden, trotz der und jener Bedenken. Wir werden im Interesse des Zustandekommens dieses Gesetzes unsere Zustimmung ertheilen, wenn nur dieser Artikel I Nr. 1 gestrichen wird. Ich accipere für meine Person vollkommen die Behauptung des Staatssekretärs von Schelling, daß ein Vorweggreifen eine zuständige durchgreifende Revision gefährde. Gleichwohl hat der Herr Staatssekretär angekündigt, daß die Vorschläge für die unteren Klassen der Streitgegenstände der Regierung sympathisch seien. Es drückt das jedenfalls das aus, daß auch die verbündeten Regierungen nicht abgeneigt sind, in Zukunft dafür einzutreten. Zugegeben ist von allen Seiten, daß der gegebene Zustand unhalbar sei. Wir dürfen für die Gerichtskosten nur ein Pauschquantum festhalten und damit alle und jede Nebenkosten beseitigen. Die bloße Minderung der Nebenkosten, wie sie Herr von Cuny will, können eine Besserung des jetzigen Zustandes nicht zur Folge haben, weil die Fälle, die er von Position 6 an ins Auge fügt, nur selten prozessualisch vorkommen. Mit Rücksicht auf die Erklärungen der Regierung verbleibt mir nicht die Gefahren, wenn das Haus bei den Beschlüssen zweiter Lesung beharrt, aber gerade weil diese die Regierung als ihr sympathisch erklärt hat, kann ich nicht einsehen, daß das Haus jetzt so ohne Weiteres von denselben abgehen soll, denn neben den Rücksichten auf das System sind es doch nur fiscale Gründe, und diese letzteren kann ich nicht für ausreichend ansehen, daß dem Fiscus, für den Sie sich in den letzten Monaten ja sonst nicht gerade erwärmt haben, dieses Mehr zuerkannt werde.

Abg. v. Cuny: Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. Schröder (Friedberg): Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. v. Cuny: Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. Schröder (Friedberg): Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. v. Cuny: Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. Schröder (Friedberg): Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. v. Cuny: Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. Schröder (Friedberg): Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. v. Cuny: Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung. Wir glauben die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb, weil wir nicht alles erlangen können, gar nichts zu nehmen. Unser Antrag ist kein Compromisantrag, denn wir haben schon in der zweiten Lesung gegen den Payerschen Antrag gestimmt, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir betrachten dasselbe als eine Abschlagszahlung und behalten uns vor, in der nächsten Legislaturperiode, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative weitergehende Erleichterungen bietet, solche unsererseits zu verlangen. Durch Annahme der Vorlage wird der Zukunft in seiner Weise präjudiziert und wir erreichen eine wesentliche Herauslösung der lästigen Nebenkosten, gegen die sich unsere Freiheiten wiederholten Anträge vorzugsweise gerichtet haben.

Abg. Schröder (Friedberg): Ich empfehle Ihnen zuzulangen und zu ergriffen, was Ihnen geboten wird. Wollen Sie dem armen Manne wirklich helfen, so finden Sie hier Gelegenheit, denn das, was unsere Anträge bringen, ist eine sehr bedeutende Erleichterung.



Neu-Brandenburg, 14. Juni. [Wollmarkt.] Angefahren 6000 Gr. Wächen meist gut. Geschäft lebhaft. Handwächen 145—156 M., Kunsthächen 155—168 M. Der Preisabschlag gegen das Vorjahr betrug 15 bis 20 M. Der Markt war Mittags beendet.

## Berliner Börse vom 14. Juni 1881.

### Fonds- und Geld-Course.

|                            | Wechsel-Course. |        |     |  |  |  |
|----------------------------|-----------------|--------|-----|--|--|--|
| Deutsche Reichs-Anl.       | 102,20          | bz     |     |  |  |  |
| Consolidirte Anleihe.      | 41/2            | 105,60 | bzG |  |  |  |
| do. do. 1876               | 4               | 102,25 | bz  |  |  |  |
| Staats-Anleihe . . .       | 4               | 101,10 | bz  |  |  |  |
| Staats-Schuldscheine . . . | 31/2            | 98,90  | bz  |  |  |  |
| Präm.-Anleihe v. 1855      | 31/2            | 133,60 | bz  |  |  |  |
| Berliner Stadt-Oblig.      | 41/2            | 100,80 | G   |  |  |  |
| Berliner . . .             | 41/2            | 105,00 | bzG |  |  |  |
| Pommersche . . .           | 31/2            | 92,75  | bz  |  |  |  |
| do. . .                    | 4               | 100,80 | bz  |  |  |  |
| do. Lndch.Crd              | 41/2            | 101,00 | G   |  |  |  |
| Posenische neue . . .      | 31/2            | 100,50 | G   |  |  |  |
| Schlesische neue . . .     | 31/2            | 100,90 | bz  |  |  |  |
| Lndsch. Central . . .      | 4               | 100,90 | G   |  |  |  |
| Kur. u. Neumark . . .      | 4               | 100,90 | G   |  |  |  |
| Pommersche . . .           | 4               | 100,90 | G   |  |  |  |
| Pruessische . . .          | 4               | 100,90 | G   |  |  |  |
| Westfäl. u. Rhein . . .    | 4               | 101,10 | G   |  |  |  |
| Schlesische . . .          | 4               | 101,00 | B   |  |  |  |
| Badische Präm.-Anl.        | 4               | 101,50 | bz  |  |  |  |
| Baierische Präm.-Anl.      | 4               | 103,90 | bz  |  |  |  |
| Cöln-Mind.Prämissch        | 31/2            | 131,10 | bz  |  |  |  |
| Sächs. Rente von 1876      | 3               | 80,90  | B   |  |  |  |

### Hypotheken-Certificate.

|                         | Divid. pro | 1879   | 1880 |  |  |  |
|-------------------------|------------|--------|------|--|--|--|
| KruppsPartial-Obl.      | 5          | 109,95 | bz   |  |  |  |
| Umk.Bfd.d.Pr.Hyp.-B.    | 41/2       | 107,00 | G    |  |  |  |
| do. do.                 | 5          | 107,75 | G    |  |  |  |
| DeutscheHyp.-Bk.-Pf.    | 41/2       | 102,70 | G    |  |  |  |
| do. do. do.             | 5          | 104,70 | G    |  |  |  |
| Umk.Cnt.-Bd.-Cr.(1852)  | 41/2       | 106,10 | bzG  |  |  |  |
| do. rückz.B. 110        | 5          | 114,75 | G    |  |  |  |
| do. do. do.             | 41/2       | 109,10 | G    |  |  |  |
| Umk.Md.Pr.-Bd.-Crd.B    | 5          | 111,00 | bzB  |  |  |  |
| Kündb.Hyp.Schuld.de     | 5          | 102,20 | G    |  |  |  |
| Kündb.Hyp.Gschuld.de    | 5          | 101,40 | G    |  |  |  |
| Hyp.-Anth.Nord.G-C-B    | 5          | 101,80 | B    |  |  |  |
| Pomm. Hyp.-Briefe . . . | 5          | 111,00 | G    |  |  |  |
| do. II. Em.             | 5          | 104,60 | G    |  |  |  |
| Goth.Präm.-Pf. I. Em.   | 5          | 122,10 | bzG  |  |  |  |
| do. II. Em.             | 5          | 119,90 | bz   |  |  |  |
| do. do. do.             | 5          | 108,25 | bzG  |  |  |  |
| do. do. do.             | 41/2       | 104,90 | bzG  |  |  |  |
| do. do. do.             | 41/2       | 100,00 | bz   |  |  |  |
| Meininger Präm.-Pfbd.   | 4          | 121,00 | bz   |  |  |  |
| Pfbd.d.Oest.-Dr.-Cr.    | 5          | 101,25 | bz   |  |  |  |
| Schl. Bodener.-Pfbd.    | 5          | 104,40 | G    |  |  |  |
| do. do.                 | 41/2       | 105,20 | G    |  |  |  |
| Südl. Bod.-Crd.-Pfbd.   | 5          | 104,20 | bz   |  |  |  |
| do. do.                 | 41/2       | 102,20 | G    |  |  |  |

### Ausländische Fonds.

| Oest.Silber-R. (1,1,-7)    | 41/2 | 67,49-50      | bzG |  |  |  |
|----------------------------|------|---------------|-----|--|--|--|
| do. (1/4,-10)              | 5    | 67,75         | bz  |  |  |  |
| do. Goldrente . . .        | 4    | 82,00         | bzB |  |  |  |
| do. Papierrente . . .      | 41/2 | 66,80         | bzB |  |  |  |
| 54er Präm.-Anl.            | 5    | 115,90        | bzB |  |  |  |
| do. Lott.-Anl. v. 60       | 5    | 127,75        | bzB |  |  |  |
| do. Credit-Loose . . .     | fr.  | 347,50        | bz  |  |  |  |
| 64er Loose . . .           | fr.  | 330,00        | bz  |  |  |  |
| Russ.Präm.-Anl. v. 63      | 5    | 145,25        | bz  |  |  |  |
| do. do. do.                | 5    | 141,25        | bz  |  |  |  |
| Ost. Orient-Anl.v.1877     | 5    | 60,00         | bzB |  |  |  |
| do. II. v.1878             | 5    | 59,25         | bz  |  |  |  |
| do. III. do. v.1879        | 5    | 60,50-59,00   | bz  |  |  |  |
| do. Engl. v. 1871 . . .    | 5    | 90,60         | bz  |  |  |  |
| do. v. 1872 . . .          | 5    | 90,60-50      | bz  |  |  |  |
| do. Anleihe 1877 . . .     | 5    | 94,70-60      | bz  |  |  |  |
| do. do. do.                | 5    | 75,70         | bz  |  |  |  |
| do. Bod.-Crd.-Pfbd.        | 5    | 84,50         | bz  |  |  |  |
| do. Cent.-Bod.-Cr.-Pf.     | 5    | 79,60         | bz  |  |  |  |
| Russ. Poln.Schatz-Obl.     | 4    | 82,50         | bzG |  |  |  |
| Poln. Pfdrb. III. Em.      | 4    | 64,40         | bz  |  |  |  |
| Poln. Liquid.-Pfandr.      | 4    | 56,60         | bz  |  |  |  |
| Amerik. rückz. p. 1881     | 5    | 99,10         | G   |  |  |  |
| do. 50er Anleihe           | 5    | 101,00        | G   |  |  |  |
| Ital. 50% Anleihe . . .    | 5    | 93,00         | bz  |  |  |  |
| Baab-Graz.100%Thlr.-L      | 4    | 96,80         | bz  |  |  |  |
| Baumatische Anleihe . . .  | 8    | 113,75        | G   |  |  |  |
| Kuman. Staats-Oblig.       | 5    | 104,00        | bzB |  |  |  |
| Türkische Anleihe . . .    | 5    | 17,30         | bzB |  |  |  |
| Ungar. Goldrente . . .     | 5    | 102,50-104,00 | bz  |  |  |  |
| do. do.                    | 5    | 79,30         | bzG |  |  |  |
| do. Papierrente . . .      | 5    | 109,50        | bzB |  |  |  |
| do. Loose (M.p.St.)        | fr.  | 238,60        | bzB |  |  |  |
| Ung. Invest.-Anleihe . . . | 5    | 96,40         | bz  |  |  |  |
| Ung. 50% Eisb.-Anl.        | 5    | 97,20         | bz  |  |  |  |
| Einnische 10 Thlr.-Loose   | 5    | 50,50         | G   |  |  |  |
| Türken-Loose 45,50         | bzG  |               |     |  |  |  |

### Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

| Berg.-Märk. Serie II.    | 41/2 | 103,25 | G   |  |  |  |
|--------------------------|------|--------|-----|--|--|--|
| do. III.v. St.31/4g      | 31/2 | 93,40  | bz  |  |  |  |
| do. VI.                  | 5    | 103,50 | bz  |  |  |  |
| do. Hess. Nordbahn       | 5    | 103,30 | B   |  |  |  |
| Berlin-Görlitz conv.     | 41/2 | 103,00 | G   |  |  |  |
| do. Lit. B.              | 41/2 | 102,00 | bzG |  |  |  |
| do. Lit. C.              | 41/2 | 101,90 | G   |  |  |  |
| Bresl.-Freib. Lit.DEF.   | 5    | —      |     |  |  |  |
| do. do. G.               | 41/2 | —      |     |  |  |  |
| do. do. H.               | 41/2 | 163,10 | B   |  |  |  |
| do. do. J.               | 41/2 | 103,10 | B   |  |  |  |
| do. do. K.               | 41/2 | 103,10 | B   |  |  |  |
| do. von 1876             | 5    | 106,90 | G   |  |  |  |
| Breslau-Warschauer . . . | 4    | 100,90 | bzG |  |  |  |
| Cöln-Minden III. Lit. A. | 4    | 100,90 | bzG |  |  |  |
| do. . . . IV.            | 4    | 100,90 | G   |  |  |  |
| do. . . . V.             | 4    | 100,90 | G   |  |  |  |
| Halle-Sorau-Guben . . .  | 41/2 | 104,20 | bz  |  |  |  |
| Märkisch-Posener . . .   | 41/2 | 105,75 | bz  |  |  |  |
| Niederschles.-Märk. I.   | 4    | 101,50 | bz  |  |  |  |
| do. do. II.              | 4    | 101,00 | bz  |  |  |  |
| do. Obil.III.            | 4    | 100,75 | G   |  |  |  |
| do. Obil. III.           | 4    | 100,50 | G   |  |  |  |
| Oberschles. A. . .       | 4    | 100,75 | G   |  |  |  |
| do. B. . .               | 31/2 | —      |     |  |  |  |
| do. C. . .               | 4    | 100,50 | G   |  |  |  |
| do. D. . .               | 4    | 100,50 | G   |  |  |  |
| do. E. . .               | 31/2 | 93,70  | G   |  |  |  |
| do. F. . .               | 41/2 | 103,40 | B   |  |  |  |
| do. G. . .               | 41/2 | 103,50 | G   |  |  |  |
| do. H. . .               | 41/2 | 100,70 | B   |  |  |  |
| do. von 1873 . . .       | 41/2 | 104,00 | G   |  |  |  |
| do. von 1874 . . .       | 41/2 | 105,50 | G   |  |  |  |
| do. von 1879 . . .       | 41/2 | 104,59 | G   |  |  |  |
| do. von 1880 . .         |      |        |     |  |  |  |